



*Wir bleiben in der Finanzierung drin, aber nicht mehr dynamisch. Wir wollen unseren Deckungsbeitrag für jede Kita auf dem heutigen Stand belassen.*

Sabine Herrenbrück, EKHN



*Bisher haben wir unsere Kitas um jeden Preis im System gehalten. Unter dem enormen Kostendruck können wir das in Zukunft nicht mehr garantieren.*

Sabine Herrenbrück, EKHN



Foto: dpa

## Können sich die Kirchen ihre Kitas noch leisten?

Schrumpfende Mitgliederzahlen, steigende Kosten – evangelische und katholische Kirche müssen sparen. Ihre Betreuungseinrichtungen kosten sie sehr viel Geld. Die EKHN zieht jetzt die Notbremse.

Von Jens Kleindienst

### DARMSTADT/MAINZ/LIMBURG.

Sabine Herrenbrück ist beim Gespräch in Darmstadt anzumerken, dass sie mit sich ringt. Als Leiterin des Fachbereichs Kindertagesstätten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) trägt sie die Verantwortung für nicht weniger als 600 Kitas, in denen 40.000 Kinder von 8000 Erzieherinnen und Erziehern betreut werden. Herrenbrück ist stolz auf ihre Kitas, betrachtet sie als wichtigen Beitrag zur frühkindlichen Erziehung in Hessen und Rheinland-Pfalz.

Doch plagen die EKHN und damit auch Herrenbrück massive Finanzsorgen. Bis 2035 könnte die EKHN fast jedes dritte Kirchenmitglied verlieren, was einen entsprechenden Rückgang der Kirchensteuereinnahmen zur Folge hätte. Mit dem Szenario steht man nicht allein; andere evangelische Kirchen und die katholischen Bischöfe kalkulieren ähnlich. Mit der Zusammenlegung von Kirchengemeinden, dem Abbau von Pfarrstellen, der Aufgabe von Bildungsstätten und dem Verkauf von Gebäuden bereiten sich die Kirchen auf magere Jahre vor, die da kommen werden.

Damit stellt sich aber die Frage: Können sich die Kirchen ihre Kitas in Zukunft im heutigen Umfang noch leisten? Die EKHN hat diese Frage bereits beantwortet – mit einem klaren Nein. Die Synode der EKHN hat im Frühjahr einen folgenschweren Beschluss gefasst: Bis 2030 müssen die eigenen Mittel, die jährlich in die Kitas fließen, von derzeit 50 auf 40 Millionen Euro sinken. Ein Minus von 20 Prozent in sieben Jahren bei allgemein steigenden Kosten, das wird ohne empfindliche Einschnitte nicht gelingen. „Wir ringen mit dem Thema“, räumt Herrenbrück ganz offen ein.

Zur Einordnung der Kita-Kosten nennt die EKHN weitere Zahlen: 2022 nahm sie rund

515 Millionen Euro Kirchensteuer ein, das heißt: Fast jeder zehnte Euro fließt in die Kitas. Oder anders: Es braucht bei der EKHN den Obolus von drei durchschnittlichen Kirchensteuerzahlern, um einen Kita-Platz zu finanzieren.

Auch die Kita-Gebäude will die EKHN loswerden

Deswegen ist der Sparbeschluss zu den Betriebskosten noch nicht alles: Ebenfalls bis 2030 will die EKHN ihre Kita-Baulasten komplett abgeben. Auch darin steckt Konfliktpotenzial. Derzeit werden mehr als 300 der 600 Einrichtungen in kircheneigenen Räumen betrieben, etliche von ihnen müssten renoviert werden. Doch seien viele Kirchengemeinden mit den Kosten überfordert, sagt Herrenbrück. Übernehmen sollen die Kommunen, so die Vorstellung der EKHN.

Sparen will man zudem bei der internen Organisation. Derzeit werden fast alle Kitas noch von der örtlichen Kirchengemeinde getragen, das soll sich ändern. „Gemeindeübergreifende Trägerschaften“, die es teilweise schon gibt, seien „ein Erfolgsmodell“. Sie arbeiten effizienter, zudem werden Pfarrer und Kirchenvorstände von Verwaltungsarbeit entlastet.

Auch das katholische Bistum Mainz hat sich auf diesen Weg begeben. Dort werden bereits 21 der 197 Kitas über den neuen Zweckverband Unikathe gesteuert. Bis Ende 2027 sollen alle katholischen Kitas im Bistum unter das Dach schlüpfen, erklärt Unikathe-Sprecher Jonas Ansonge. Derzeit gehen rund 19.000 Kinder im Bistum in katholische Betreuungseinrichtungen, dort kümmern sich 3000 Fachkräfte um sie.

Die Versorgung mit Kita-Plätzen ist in Deutschland eine kommunale Aufgabe. Dabei gilt das Prinzip der Subsidiarität: Wo es möglich ist, betreiben nicht die Kommunen selbst die Kita, die Krippe

oder den Hort, sondern überlassen dies freien Trägern, zum Beispiel den Kirchen. Dafür bekommen die Träger den überwiegenden Teil der Betriebskosten erstattet – sie erhalten letztlich das Geld, das die öffentliche Hand ausgeben müsste, wenn sie die Einrichtung selbst betreiben würde.

Der Anteil der Betriebskosten, den die freien Träger selbst aufbringen müssen, variiert je nach Bundesland. In Hessen sind es rund 15 Prozent, in Rheinland-Pfalz 18 Prozent, in anderen Ländern teilweise deutlich weniger. In Hessen läuft die Finanzierungsvereinbarung über die Kommunen, in Rheinland-Pfalz über die Landkreise. Dort wurde die Kostenbeteiligung 2021 neu geregelt. Das Gesetz sieht vor, dass Träger und kommunale Verbände eine Rahmenvereinbarung über die Trägerbeteiligung abschließen, diese Verhandlungen sind allerdings noch nicht abgeschlossen.

Den Rechtsanspruch müssen die Kommunen erfüllen

Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, die zeitliche Ausweitung der Betreuung und der Ausbau der Krippen für die ganz Kleinen hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem starken Ausbau der Kita-Struktur geführt. Mit im Boot saßen dabei in der Regel die kirchlichen Träger. Auch wenn ihr Finanzierungsanteil nicht gestiegen ist, in absoluten Zahlen ist der Kostenblock in den kirchlichen Etats deutlich gewachsen.

Zumindest bei der EKHN soll damit nun Schluss sein. „Wir bleiben in der Finanzierung drin, aber nicht mehr dynamisch. Wir wollen unseren Deckungsbeitrag für jede Kita auf dem

heutigen Stand belassen“, erklärt Sabine Herrenbrück. Dazu werde man ab 2024 in Hessen „auf die Kommunen zugehen, um Änderungen der Verträge zu erreichen.“ Verhandelt werden muss dabei mit jeder einzelnen Kommune. Allerdings: Selbst wenn es gelingt, den kirchlichen Deckungsbeitrag einzufrieren, ist damit noch nicht die Einsparung der zehn Millionen Euro bis 2030 geschafft.

Auf die Verantwortlichen in den Kommunen dürfte jedenfalls einiges zukommen. „Die Bürgermeister können natürlich sagen: Wir machen es selbst und übernehmen die Trägerschaft. Aber das ist dann eben mit steigenden Kosten für sie verbunden“, weiß Herrenbrück. Es sei deshalb zu befürchten, dass Kommunen beim Aushandeln neuer Verträge nicht uneingeschränkt mitmachen. Das Problem: „Die Kommunen sind es gewohnt, dass die Kirchen immer mitzahlen, sich also an

den ständig steigenden Kosten beteiligen.“

Drohen nun Kita-Schließungen, weil die Kirchen sich zurückziehen? Das ist kaum vorstellbar. Eltern haben in Deutschland einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kita-Platz; diesen zu erfüllen, gehört zu den Pflichtaufgaben der Kommunen. Viele haben ohnehin Probleme, den Bedarf einigermaßen zu decken. Herrenbrück erwartet jedenfalls schwierige Gespräche, zumal ja noch der Wunsch hinzukommt, die Gebäude abzugeben.

Das Bistum Mainz hat schon Kitas aufgegeben

Herrenbrück rechnet – auch wenn ihr das Herz blutet – damit, dass die EKHN Kitas verlieren wird. „Die Zahl der möglichen Abgaben von Trägerschaften ist nicht realistisch abschätzbar“, heißt es in einem internen „Sachstandsbericht“ der EKHN. Auch sei „in diesem Prozess nicht steuerbar, ob die EKHN hierbei auch Einrichtungen von erwiesener hoher Qualität verlieren wird“. Es kann also sein, dass gera-

Sabine Herrenbrück leitet bei der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) die Fachabteilung Kindertagesstätten.

Foto: EKHN



### KITAS IN HESSEN UND RHEINLAND-PFALZ

► In Hessen gibt es derzeit gut 4400 Kitas, Krippen und Horte. Davon werden etwa 2600 von freien Trägern geführt, 1800 von der öffentlichen Hand, meist Kommunen.

► In Rheinland-Pfalz wird jede zweite der etwa 2600 Einrichtungen von freien Trägern geleitet, unter diesen dominieren wie in Hessen die konfessionellen Träger.

► Im Jahr 2022 besuchten in Hessen rund 277.000 Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren eine Kinderbetreuung, in Rheinland-Pfalz waren es 169.500 Kinder.



*Wir verlieren Orte kirchlicher Präsenz und einen Teil unserer Marke. Das tut uns richtig weh.*

Sabine Herrenbrück, EKHN

de aufwendige Vorzeige-Kitas geopfert werden.

In Rheinland-Pfalz ist der Verlust katholischer Kitas bereits Realität. Im Frühjahr hat sich das Bistum Mainz von vier Kitas in der Landeshauptstadt getrennt, sie wurden von anderen Trägern übernommen. Auch die Stadt Heppenheim ist als neuer Träger schon eingesprungen. Und das dürfte es noch nicht gewesen sein. „Es werden weitere Trägerschaftsabgaben über das gesamte Bistumsgebiet folgen müssen“, sagt Unikathe-Sprecher Ansonge. Eine genaue Anzahl stehe noch nicht fest.

Aus Limburg hört man zu diesem Thema bisher wenig. Auf Anfrage teilt das Bistum mit, dass es im Kita-Bereich „derzeit keine konkreten Einsparziele gibt“. Auch seien bisher keine Trägerschaften aus finanziellen Gründen aufgegeben worden. Ob das so bleibt, erscheint aber offen. Für die Zukunft seien „Maßnahmen absehbar notwendig und zu erwägen“, heißt es etwas wolkig. Derzeit gibt es im Bistum 239 katholische Kitas mit 19.500 Betreuungsplätzen und 3100 pädagogischen Fachkräften. Dafür wende das Bistum jährlich „einen soliden zweistelligen Millionenbetrag“ auf, was mehr als zehn Prozent des Kirchensteuerhaushaltes entspreche.

Evangelische Kitas „leisten in der Gesellschaft einen wichtigen Beitrag für gelingendes Zusammenleben bei kultureller und religiöser Vielfalt“, heißt es in einer Basis-Info der EKHN zum Kita-Engagement. Dieser Beitrag droht nun durch den Sparzwang Schaden zu nehmen. „Wir verlieren Orte kirchlicher Präsenz und einen Teil unserer Marke“, räumt Herrenbrück ein. „Das tut uns richtig weh.“ Doch stellt sie ebenfalls klar: „Bisher haben wir unsere Kitas um jeden Preis im System gehalten. Unter dem enormen Kostendruck können wir das in Zukunft nicht mehr garantieren.“